Neue Freie Presse
22/V. 1919
80

# Konstituierende Nationalversammlung.

## Der Abbau der Zentralen und die Ernährungslage.

Wien, 21. Mai.

Gegen die staatliche Zwangswirtschaft ist heute in der Nationalversammlung manch kräftiges und zutreffendes Wort gesprochen worden. Es wurde geschildert, wie die Zentralen anfangs nur für unentbehrliche Artikel geschaffen worden seien, wie sie aber später sich gleich einer epidemischen Krankheit ausgebreitet und die ganze Privatinitiative niedergeschlagen haben. Dem Hause lag heute ein Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe vor, der die Regierung auffordert, den Abbau der kriegswirtschaftlichen Zentralen, soweit ihr Bestand sich nicht als notwendig erweise, in die Wege zu leiten. In dem Berichte wird gesagt, daß die Zwangswirtschaft auf allen Gebieten des Erwerbs- und Wirtschaftslebens die verheerendsten Wirkungen ausgelöst habe. Sie ist von der Landwirtschaft, vom Gewerbe, von der Industrie und vom Handel und ebenso von den Verbrauchern als drückende Fessel empfunden worden. Der Zerfall der Monarchie, das Ende des Krieges und die Aufhebung der Blockade lassen es geboten erscheinen, die Hemmung durch die Zwangswirtschaft zu beseitigen und der Schaffensfreude und Arbeitslust der Bevölkerung wieder den weitesten Spielraum einzuräumen. Die vielen Tausende von Kräften, die zum Schaden der Volkswirtschaft aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet waren, sollen berufen sein, durch Aufnahme ihrer Beziehungen zu den Nachbarländern und Ueberseestaaten unserem Gewerbe und der Industrie die nötigen Rohstoffe zu vermitteln, das Erwerbsleben zu befruchten und die Arbeitslosigkeit zu beheben. Der Ausschuß stellt den Antrag, ein Komitee von 21 Mitgliedern zu wählen, mit der Aufgabe, die beschleunigte wirtschaftliche Demobilisierung zu überwachen und der Regierung beratend zur Seite zu stehen. In dem Komitee sollen die großen Gruppen von Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft sowie der Verbraucher vertreten sein.

In der Debatte wurde hervorgehoben, daß niemand an eine überstürzte Rückkehr zum freien Handel und an eine schrankenlose Einfuhr von Waren für Luxuszwecke denke. In diesem Sinne sprach auch der Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß, dessen Erklärungen der Berichterstatter Kollmann als eine Vorrede zu den Verhandlungen über den Abbau der Zentralen bezeichnete. Der Staatssekretär hatte nach Eröffnung der Sitzung in Beantwortung einer Anfrage über den Versorgungsplan der Regierung bis zur Ernte eine Darstellung der Ernährungslage gegeben. Er teilte mit, daß sich jetzt Abordnungen in Warschau und Belgrad befinden, und daß zu hoffen sei, man werde mit Unterstützung der Ententemissionen aus Polen und Jugoslawien Lebensmittel erhalten. Aber es war ein sehr trauriges Bild, das er von unseren nächsten Aussichten entwarf. Die heimischen Aufbringungen spielen für die Versorgung derzeit überhaupt keine Rolle mehr. Rindfleisch braucht Wien monatlich 1·67 Millionen Kilogramm, geliefert wurden im April nur 400.000. Unser täglicher Bedarf an Milch ist 900.000 Liter, heute erhielten wir nur 36.000 Liter. Nicht einmal die einjährigen Kinder und die Kranken können mit Milch versorgt werden. Die erhöhte Brotquote ist nur für zwei bis drei Wochen, die Quote von 12 Dekagramm Fett bis zur ersten Hälfte Juni gesichert. Ein großer Teil der Bevölkerung kann wegen der hohen Preise aus der Erhöhung der Lebensmittelmengen keinen Vorteil ziehen. Die Ausgaben für die Lieferungen der Entente im jetzigen Umfange dürften mit 17 bis 20 Millionen Dollar monatlich beziffert werden. Die Gesamtkosten der bisherigen Lebensmittelimporte übersteigen bereits eine Milliarde. Der Staatssekretär erklärte, es bestehe die Hoffnung, daß wir bei den Friedensverhandlungen langfristige Kredite bekommen. Aus Gründen der Valuta, der Preispolitik und der Verteilung der importierten Artikel hält es Dr. Loewenfeld-Ruß für notwendig, den Handel in der nächsten Zeit einer gewissen Beschränkung und Ueberwachung zu unterwerfen.

Abgeordneter Kollmann führte den vom Staatssekretär hervorgehobenen Rückgang der heimischen Erzeugung auf die staatliche Zwangswirtschaft zurück, die jedermann die Freude an der Produktion gründlich genommen habe. Auf welchem Gebiete immer die Zentralen eingeführt wurden, überall verschwanden die Artikel vom Markte und der anständige Kaufmann wurde ausgeschaltet. Abgeordneter Friedmann sagte, man könne sich einen kläglicheren Erfolg überhaupt nicht denken, als ihn die Staatsbewirtschaftung bei der Aufbringung der Lebensmittel hatte. Die Mengen, die aufgebracht wurden, stehen weit hinter dem zurück, was die Landwirtschaft freiwillig gegeben hätte. Er verlangte, daß an Stelle des heutigen allgemeinen Verbotes die Ein-, Aus- und Durchfuhr grundsätzlich freizugeben sei und daß jene Artikel ausdrücklich bezeichnet werden, deren Ein- und Ausfuhr untersagt ist. Es bestehe die Gefahr, daß alle, die Unternehmungsgeist und Arbeitslust haben, wegen der ihnen bereiteten Hindernisse auswandern. Von sozialdemokratischer Seite wolle man die Zentralen als Unterbau für die Sozialisierung erhalten. Aber ehe dieses Ziel erreicht sei, könnte unser ganzes Wirtschaftsleben zusammenbrechen. Abgeordneter Stocker nannte die zentrale Bewirtschaftung eine Sozialisierung der Verteilung und des Handels. Diese Maßnahme habe vollständig versagt und der heutige Zustand wäre ein wahres Paradies, wenn auch die Erzeugung in dieser Weise sozialisiert würde. Die Abgeordnete Emmy Freundlich erklärt, die Sozialdemokraten hätten nie daran gedacht, eine Sozialisierung der Verteilung einzuführen, vielmehr stets gefordert, daß die Sozialisierung bei der Erzeugung anfangen müsse. Es sei absolut notwendig, daß der Staat sich eine Kontrolle über die Einfuhrmöglichkeiten offen halte. Erst wenn unsere Geldverhältnisse besser geworden sind, werde man von der kriegswirtschaftlichen Organisation langsam abgehen können. Die Debatte wird in der nächsten Sitzung am Freitag fortgesetzt werden.

---

## Der Sitzungsbericht.

(17. Sitzung.)

Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

### Mandatsniederlegungen.

Die Abgeordneten Preußler und Johann Mayer haben ihre Mandate niedergelegt; wegen Einberufung der Ersatzmänner wird das Erforderliche veranlaßt werden.

### Regierungsvorlage.

Das Staatsamt für Aeußeres übermittelt einen Gesetzentwurf, betreffend Rückstellung von Kunst- und historischen Wertgegenständen an Italien.

### Versorgungsplan der Regierung bis zur Ernte.

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß gibt in Beantwortung der Interpellation Dr. Dinghofer, Dr. Schürff und Genossen, betreffend den Versorgungsplan der Regierung bis zur nächsten Ernte, die Ernährungsaushilfe des Auslandes und die seitens des Auslandes, insbesondere Amerikas, zu erhoffenden Lebensmittelmengen eine Darstellung der gegenwärtigen Ernährungslage und der Aussichten für die nächste Zeit. Was die inländische Produktion anbelangt, kann derzeit darauf nur in geringem Maße oder gar nicht gerechnet werden. Hinsichtlich des Getreides sind wir mit unserer eigenen Produktion fast zu Ende. Die heimische Aufbringung spielt für die Versorgung derzeit überhaupt keine Rolle mehr. Aehnlich verhält es hinsichtlich der Kartoffeln, die wir bisher immer aus den jetzigen Sukzessionsstaaten bezogen haben. Ein ebenso trauriges Kapitel bildet die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch. Diesbezüglich liegen die Verhältnisse in den Ländern allerdings sehr verschieden, obwohl die Fleischversorgung auch in der Provinz jetzt bereits eine sehr schlechte geworden ist. Der Rindfleischbedarf Wiens mit Einschluß des Bedarfes der Spitäler und Anstalten beträgt im Monat 1,670.000 Kilogramm. Geliefert wurden jedoch im Januar 790.000, im Februar 750.000, im März 770.000 und im April gar nur 400.000 Kilogramm. (Hört! Hört!) Auf dem Gebiete der Fettversorgung kommt die heimische Aufbringung so gut wie gar nicht in Betracht. Von dem Wochenbedarf, der bei einer Quote von 12 Dekagramm 857 Tonnen beträgt, werden in Deutschösterreich selbst nur 64 Tonnen aufgebracht. Eines der traurigsten Kapitel bildet die Milchversorgung. In dieser Beziehung befindet sich nicht nur Wien, sondern alle Städte, auch



Industrieorte in einer geradezu entsetzlichen Lage. Eine Abhilfe könnte nur dadurch erfolgen, daß Kondensmilch importiert wird. Aehnlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Eierproduktion. Gegenwärtig befinden sich Missionen in Warschau und Belgrad, und wir hoffen, insbesondere durch Unterstützung der hiesigen Ententemissionen, aus Polen und aus Jugoslawien Nahrungsmittel zu erhalten.

Der Staatssekretär verweist auf die von den neutralen Staaten gelieferten Lebensmittel, die immerhin eine Erleichterung brachten, deren Mengen aber nicht ausschlaggebend sind. Deutschland, das selbst in Not ist, hat uns Saatkartoffeln zur Verfügung gestellt. (Lebhafter Beifall.) Die Haupthilfe kommt derzeit von der Entente. Der Staatssekretär hält es für seine Pflicht, den Vertretern der in Wien befindlichen Ententemissionen für die ununterbrochenen Bemühungen zu danken, die sie in unserem Interesse entfalten. (Beifall.) Diese persönlichen Bemühungen der Herren hatten uns wiederholt in manchmal verzweifelt erscheinenden Situationen geholfen. (Beifall.) Der Staatssekretär erinnert in diesem Zusammenhange insbesondere an die von Herrn Hoover in den letzten Tagen eingeleitete Aktion zur Unterstützung unserer Kinder.

### Die Erhöhung der Brotquote und die Fettquote.

Er verweist sodann darauf, daß in den Mehllieferungen ein Ansteigen des durchschnittlichen Tageseinlaufes von 270 Tonnen im Januar auf 650 Tonnen im Februar, 970 Tonnen im März, 1400 Tonnen im April und 1858 Tonnen täglich in den ersten 16 Tagen des Mai erfolgte. Angesichts des Steigens der Zuschübe sei das Volksernährungsamt in der Lage, vom nächsten Sonntag angefangen die Brotquote um einen Viertellaib des Normallaibes zu erhöhen. Vorläufig sei diese Erhöhung nur für die nächsten 14 Tage bis drei Wochen gesichert. Wenn die Zuschübe wieder sinken, wird es vielleicht nicht möglich sein, die Erhöhung bis zur nächsten Ernte aufrechtzuerhalten.

Angesichts der zur Verfügung stehenden Vorräte sei die Beteilung der Bevölkerung mit einer Quote von 12 Dekagramm Fett bis zur ersten Hälfte Juni gesichert. Reis und Bohnen können nur von Fall zu Fall, je nach dem Einlangen, verteilt werden. Durch die Ententezuschübe ist es auch gelungen, eine wenn auch geringe Verbesserung der Lebensmittelverteilung für bestimmte Bevölkerungskategorien herbeizuführen, zum Beispiel die Gewährung von besonderen Zubußen an die Eisenbahner, die Forstarbeiter usw. Wenn auch eine Verbesserung der Quantitäten der Ernährung bis zu einem gewissen Grade konstatiert sei, so lasse sich doch leider nicht leugnen, daß ein großer Teil der Bevölkerung aus dieser Verbesserung den Nutzen nicht ziehen könne, weil die Preise zu hoch sind. (Sehr richtig!) Entgegen den gehegten Erwartungen hat nach der Aufhebung der Blockade eine Welle der allgemeinen Aufwärtsbewegung der Preise eingesetzt. Eine der Hauptursachen hiefür ist der ungünstige Stand unserer Valuta. Die Preissteigerung hat entsetzliche Dimensionen angenommen und die Nahrungsmittelausgaben beanspruchen bei den minderbemittelten und Mittelstandsfamilien den größten Teil des Einkommens. Die vorgenommenen Preisermäßigungen für Mehl, Fleisch und Milch könnten nur dadurch durchgeführt werden, daß der Staat das Valutarisiko übernimmt, indem der größte Teil der Ware kreditiert wird und die Hoffnung besteht, daß wir bei den Friedensverhandlungen langfristige Kredite bekommen.

Abg. Dr. Schürff: Wie groß sind die Gesamtkosten der bisherigen Lebensmittelimporte?

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß: Das kommt darauf an, wie man die Valuta berechnet. Sie dürften bereits eine Milliarde übersteigen. Die Ausgaben für die Lieferungen im gegenwärtigen Umfange dürften auf 17 bis 20 Millionen monatlich beziffert werden können.

### Ablehnung einer Differenzierung der Preise.

Gegenüber der wiederholt gegebenen Anregung, die hohen Preise dadurch erträglicher zu machen, daß man für einen bestimmten Teil der Bevölkerung höhere Preise ansetzt und den Minderbemittelten niedrigere Preise gewährt, möchte der Staatssekretär darauf hinweisen, daß dies mit Rücksicht auf die soziale Schichtung der Bevölkerung sehr erschwert sei, weil der größte Teil der Bevölkerung nicht zu den Bemittelten gehört. Bei einem Wochenbedarf von 800.000 Kilogramm Fleisch in Wien müßten z. B., wenn ein Viertel der Bevölkerung höhere Preise zahlen sollte und der Rest der Bevölkerung statt 30 20 K. zu zahlen hätte, die Höherbemittelten 120 K. per Kilo bezahlen, was zur Folge hätte, daß das Fleisch überhaupt von diesen Schichten nicht gekauft würde, da sie im Schleichhandel Schweinefleisch billiger haben könnten. Die einzige Erleichterung, welche geboten werden könne, sei die sogenannte Mindestbemitteltenaktion, die für Deutschösterreich in den letzten drei Vierteljahren 56 Millionen Kronen erforderte und in welche in der letzten Zeit auch die Arbeitslosen, deren Zahl in Wien 130.000 beträgt, einbezogen wurden. Für die Unterstützung des Mittelstandes, der ebenso bedürftig ist wie jene, die als Mindestbedürftige gelten, wurden 31 Millionen ausgegeben. Das einzige Mittel für die Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse ist die Erhöhung unserer Produktion. Wir können nicht immer fort Lebensmittel auf Pump beziehen, wir müssen erzeugen, um die Lebensmittel zu bezahlen. Es ist ein grundlegender Irrtum, wenn in der Oeffentlichkeit angenommen wird, daß wir die Importe nur bis zur neuen Ernte brauchen und daß sich Deutschösterreich in der nächsten Zeit aus der neuen Ernte selbst erhalten könnte.

### Kontrolle des Handels oder freie Wirtschaft.

Der Staatssekretär polemisiert sodann gegen die Behauptung, daß das Ernährungsamt importhindernd auftrete, das heißt, durch Festhalten an gewissen Maßnahmen zur Regelung der Importe diese erschwere oder verhindere. Es ist selbstverständlich, daß sich das Staatsamt für Volksernährung nach Aufhebung der Blockade mit der Frage, nach welchen Grundsätzen die Wareneinfuhr zu regeln sei, ob sie dem freien Handel unbeschränkt zu überlassen sei, auf das intensivste beschäftigt. Was die Frage der Lebensmittelimporte betrifft, ist Redner der Meinung, daß für eine längere Uebergangsperiode der sofortige und überstürzte Uebergang zur freien Wirtschaft sowohl vom Standpunkte der Allgemeininteressen wie auch vom Standpunkte der heimischen Produktion nicht möglich ist. (Zustimmung.) Er wünsche keine übermäßige Drosselung des Kaufmannes und des Handels, aber es erscheine vorläufig unmöglich, daß die Einfuhr ohne Einschränkungen und ohne Kontrolle bleibt und daß gewisse staatliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Verteilung der Importe wegfallen. Soweit die Eigenproduktion nicht ausreicht — und das wird für einige Zeit noch der Fall sein — muß eine Regulierung durch Einschränkung des Eigenbedarfes stattfinden. Diese Selbstregulierung und die Anpassung des Bedarfes und seiner Deckung dem freien Handel zu überlassen, halte der Staatssekretär für die nächste Zeit für nicht möglich. Das Interesse des Kaufmannes ist es in erster Linie, daß er überhaupt Ware bekommt. Wir haben aber ein qualifiziertes Interesse an der Einfuhr. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob der Handel sich im Rahmen einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung betätigt oder in einer vollkommen zerstörten Wirtschaft, die erst wieder neu aufgebaut werden muß. Wir müssen zunächst in der Richtung sparen, daß keine Luxusartikel eingeführt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Daß von der Einfuhr von solchen Lebensmitteln, die nicht unentbehrlich sind, vorläufig Abstand genommen werden muß, werden auch die Anhänger des freien Handels zugeben. Es handelt sich aber auch um die Beeinflussung der Einfuhr nach einer anderen Richtung.

Es muß Wert darauf gelegt werden, daß die Einfuhr nach der Richtung der billigeren Importe gelenkt wird. Es wird gesagt, der Kaufmann könne durch seine Kredite uns Lebensmittel verschaffen. Speziell beim Lebensmittelhandel möchte Redner, wenigstens was die Masse anlangt, dies bezweifeln. Während Deutschland immer einen sehr starken Ueberseehandel gehabt hat, sind wir nach dem Osten orientiert gewesen. Die Entente hat uns vor einigen Monaten bereits gestattet, 30.000 Tonnen Getreide aus Argentinien zu beziehen. Bisher ist dies dem Handel nicht gelungen, und es ist jetzt doch wieder die Regierung, die sich für diese Kredite interessieren muß. Es wird behauptet, der Handel kaufe billiger ein, er werde der Bevölkerung die Artikel billiger zur Verfügung stellen können. Zu welchem Preise wird sich der Kaufmann, der sie auf Kredit kauft, den Dollar errechnen? Wahrscheinlich zum jetzigen Kurs, denn das Valutarisiko wird er wohl nicht zur Gänze auf sich nehmen, wie es der Staat tut. Infolgedessen hält es der Staatssekretär nicht für möglich, daß unter den jetzigen Verhältnissen der freie Handel in der Lage wäre, die Lebensmittel billiger abzugeben. Angenommen, es wäre die Möglichkeit gegeben, daß der private Kaufmann draußen billiger einkauft: Ist dadurch schon die Gewähr geboten, daß die Lebensmittel dem Konsum wirklich zu billigeren Preisen zur Verfügung gestellt werden? Es ist doch höchstwahrscheinlich, daß er die Marge, die ihm im Inlande zwischen dem Normalpreise und dem Schleichhandelspreis gegeben ist, ausnützt. Es ist daher, wenn man eine gewisse Einschränkung und Ueberwachung des Handels vornimmt, unser Zweck, diesen Nutzen zum Teile aufzufangen und ihn dem Konsumenten zugute kommen zu lassen, ohne daß hiebei dem Kaufmann sein Nutzen und Anreiz zum Import genommen werden müßte. Der Staatssekretär ist daher der Meinung, daß es aus Gründen der Valuta, der Preispolitik und einer Verteilung der importierten Artikel für die nächste Zeit notwendig sei, den Handel einer gewissen Beschränkung und Ueberwachung zu unterwerfen. Im Wesen der Uebergangswirtschaft liege es, daß die Wirtschaft sich den jeweiligen Verhältnissen anpasse.

### Das Verhältnis zu den Ländern in der Ernährungsfrage.

Der Staatssekretär kommt schließlich auf das Verhältnis der Regierung zu den Ländern zu sprechen. Kein Ressort sei von diesem Verhältnis so arg bedrückt wie das seinige. Es ist manchmal kaum möglich, eine Ernährungswirtschaft zu führen, wenn jedes Land, ja innerhalb jedes Landes jeder Bezirk, jede Gemeinde nach eigenem Gutdünken vorgeht, so begreiflich es ist, daß in der Not der Verhältnisse jeder sich zu helfen sucht, wie er kann. Aber das allgemeine Interesse und die Einheitlichkeit der Verwaltung müßten unbedingt gewahrt werden, speziell jetzt, wo wir auf ausländische Einfuhren angewiesen sind. Man muß weder Zentralist noch Bureaukrat sein, um unbedingt überzeugt zu sein, daß gerade die Ernährungswirtschaft der einheitlichen Verwaltung bedarf. Der Staatssekretär erinnert an die Verhältnisse, wie sie sich durch die Frage der Einreisebewilligungen gestaltet haben, und konstatiert, daß es gestern nach mühsamen Verhandlungen gelungen sei, in der Frage des Reise- und Sommerverkehres zu einem Kompromiß zu gelangen. Er hoffe, daß die Länder die gestern gegebenen Zusagen halten werden. Wenn in den anderen Beziehungen der Ernährungswirtschaft die Länder gleichfalls Entgegenkommen bekunden würden, würde das für die Versorgungsmöglichkeiten nur von Vorteil sein. Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Unser Wille ist der beste, und wir können die Vertreter der Länder nur bitten, den Weg, den wir gehen wollen, nicht zu verrammeln. (Beifall.)

## Eine Regierungserklärung über den Umfang der Sozialisierungsaktion.

Vizekanzler Fink: Die Nationalversammlung hat in der Sitzung vom 17. d. die Regierung aufgefordert, mit vollverbindlicher Deutlichkeit zu erklären, bei welchen Betrieben sie eine Sozialisierung beabsichtigt. Mit Zustimmung des Kabinetts komme ich dieser Aufforderung durch die folgende Erklärung nach:

Nach den Absichten der Regierung sollen folgende Privatunternehmungen enteignet und in den Besitz und Betrieb gemeinwirtschaftlicher Anstalten überführt werden:

1. Diejenigen Kohlenbergbaue, welche nicht ausschließlich der örtlichen Versorgung oder der Versorgung einer einzelnen Unternehmung, deren Bestandteil sie bilden, dienen. Im Zusammenhange mit der Sozialisierung dieser Kohlenbergbaue soll auch der Kohlengroßhandel sozialisiert und zu diesem Zwecke eine besondere gemeinwirtschaftliche Anstalt gegründet werden.

2. Die Eisenerzgewinnung und die Roheisenerzeugung sowie die damit unmittelbar verbundene Weiterverarbeitung und die Gewinnung anderer nutzbarer Metalle.

3. Die Elektrizitätswirtschaft und die hiezu erforderliche Ausnützung der Wasserkräfte, soweit sie nicht ausschließlich örtlichen Bedürfnissen dienen.

4. Die großen Forste nebst der Holzindustrie und der Großhandel mit Holz.

Es sollen also die beiden wichtigsten Kraftquellen, Kohle und Elektrizität, und die beiden wichtigsten Rohstoffe, Eisen und Holz, sozialisiert werden. Auf diese Weise wird die Gesellschaft die Verfügung über die wichtigsten Produktivkräfte erlangen.

Die Vergesellschaftung soll gemeinsam durch den Staat und die Länder erfolgen. An der Verwaltung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die den Kohlenbergbau und die Großeisenindustrie übernehmen sollen, sollen neben der Staatsregierung auch die Landesverwaltungen teilnehmen. Die Elektrizitätswirtschaft und die Forstwirtschaft sollen Landesanstalten übertragen werden, die sich zur Verwaltung gemeinsamer Angelegenheiten zu Staatsverbänden vereinigen.

Die Gesetzentwürfe über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und der Großeisenindustrie werden schon in der nächsten Woche der Sozialisierungskommission zugehen können. Der Gesetzentwurf über die Vergesellschaftung der Elektrizitätswirtschaft, der in der Sozialisierungskommission und in dem Wasser- und Elektrizitätswirtschaftsamt bereits vorberaten wurde, soll noch einer gemeinsamen Beratung mit den Vertretern der Landesregierungen unterzogen werden. Die Vorlagen über die Sozialisierung der Forstwirtschaft befinden sich noch in Vorbereitung.

Außerdem beabsichtigt die Staatsregierung, die militärärarischen Betriebe an besondere gemeinwirtschaftliche Anstalten zu übertragen und sie dadurch in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Auch darüber werden der Sozialisierungskommission schon in allernächster Zeit Vorschläge unterbreitet werden. Im Zusammenhange damit wird endlich auch die Sozialisierung einzelner Zweige der chemischen Industrie, die monopolistischen Charakter tragen, erwogen; doch sind die Studien darüber noch nicht zum Abschlusse gelangt.

Der Abbau des landwirtschaftlichen Großbesitzes soll durch ein besonderes Gesetz erfolgen, das im Staatsamt für Landwirtschaft vorbereitet wird. Einen ersten Schritt dazu stellt das Wiederbesiedelungsgesetz dar, das der Nationalversammlung bereits vorliegt.

Damit ist der Umfang der von der Staatsregierung in Aussicht genommenen Sozialisierungsaktion begrenzt. Was die Sozialisierung durch die Gemeinden betrifft, so werden ihre Grenzen durch den der Nationalversammlung bereits vorgelegten Gesetzentwurf über die Vergesellschaftung durch die Gemeinden umschrieben.

Ich bitte, diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

### Der Abbau der Zentralen.

Berichterstatter Kollmann (christlichsozial) referiert über den Antrag der Abgeordneten Partik, Heinl, Kollmann und Genossen, betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen. Die Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Löwenfeld-Ruß seien für seinen Bericht eine glänzende Vorrede gewesen. An eine überstürzte Rückkehr zum freien Handel denke ja niemand. Den denkbar traurigsten Eindruck machten die Ausführungen des Staatssekretärs, die sich auf die Ernährung des Volkes durch die eigene Produktion bezogen. War diese Ernährung in dem betroffenen Gebiete immer so schlecht? Nein! Ein großer Teil der Ursachen dieses Rückganges in der Erzeugung muß in der Zwangswirtschaft des Staates gefunden werden. Und die Preispolitik! Es geht nicht an, daß man, um dem einen das Leben möglichst billig zu machen, dem anderen in die Tasche greift und sie leert.

Abg. Schiegl: Die Bauern sind doch reich geworden! (Widerspruch und Gegenrufe rechts.)

Berichterstatter Kollmann: Es bestand eine dreifache Zwangswirtschaft: für die Industrie, für den Arbeiter und für den Landwirt. Die Zwangswirtschaft für die Industrie wurde so gestaltet, daß alle Preisansätze rückhaltlos bewilligt wurden. Den Anforderungen der Arbeiterschaft in bezug auf Ernährung wie Bezahlung ist jederzeit Gerechtigkeit widerfahren. (Widerspruch und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Bei der Zwangswirtschaft der Produzenten, insbesondere wo es sich um Brot und Fleisch gehandelt hat, ist der gegenteilige Weg eingeschlagen worden. Das hat dazu geführt, daß unsere Produktion zum Teile zurückgegangen ist.

Daß wir mit der freien Wirtschaft, wie sie früher war, nicht über den Krieg hätten durchhalten können, ist zugegeben; aber darum eine solche Art der Zwangswirtschaft einzuführen, wie sie heute noch gilt, war absolut nicht gerechtfertigt. Heute ist der Grund für die Zwangswirtschaft jedenfalls nicht mehr vorhanden. Es ist auch ein zweiter Grund weggefallen: die Blockade. Die Einfuhrmöglichkeit ist gegeben. Der bezüglich der Preisbildung angestrebte Zweck ist auch nicht erreicht worden. Es ist nicht gelungen, die Preise so zu halten, wie es wünschenswert gewesen wäre. Solange der freie Handel bestand, war man noch imstande, sich mit den betreffenden Artikeln zu versorgen. In dem Augenblicke, wo die Zentralenwirtschaft eingeleitet wurde, waren diese Artikel spurlos vom Markte verschwunden. Den anständigen, den soliden Kaufmann hat man ausgeschaltet und dem unanständigen die Wege geebnet.

Von den heute bestehenden Zentralen kann ein sehr großer Teil beseitigt werden, und zwar muß dies möglichst rasch schon mit Rücksicht darauf geschehen, da die Zentralen, die für das ehemalige alte Oesterreich gegründet wurden, zwei Drittel ihres Gebietes verloren haben, während sie noch mit dem vollen Apparat weiter bestehen.

Abg. Friedmann bemerkt, daß ein Abbau der aus der Kriegswirtschaft übernommenen Zentralenwirtschaft noch viel mehr im Interesse der nichtproduzierenden Kreise als der Produzenten selbst gelegen sei. Der hauptsächlichste Zweck der staatlichen Bewirtschaftung, nämlich die wichtigsten Bedarfsgegenstände für die Armee aufzubringen, ist heute weggefallen, die Höchstpreise sind mit der zunehmenden Dauer der Zwangswirtschaft immer mehr auf dem Papier geblieben. Der Umsturz hat uns in andere Verhältnisse gebracht. Hat sich während des Krieges in dem viermal größeren alten Oesterreich die zentrale Bewirtschaftung, so gut sie theoretisch ausgedacht war, infolge des gänzlichen Mangels eines geeigneten Verwaltungsapparats als unhaltbar herausgestellt, so gilt dies noch viel mehr von dem neuen Staate, in dem es mit dem Verwaltungsapparat wesentlich schlechter bestellt ist. Die Flucht der Länder, die ungemein bedauerlich ist, hat, das muß loyal zugegeben werden, ihren Grund in dem Widerstande, sich von Wien aus in allen Einzelheiten des wirtschaftlichen Lebens beherrschen zu lassen. Wien kommt dabei in erster Linie zum Handkuß, da hier alle Konsumenten das lebhafteste Interesse daran haben, daß die Landwirtschaft gern und freudig produziert (Beifall rechts) und daß die Landwirte uns möglichst freiwillig das geben, was wir brauchen. (Beifall rechts.) Einen kläglicheren Erfolg, als die Staatsbewirtschaftung hinsichtlich der Aufbringung der Lebensmittel gehabt hat, kann man sich überhaupt nicht denken. Die Quantitäten, die durch die staatliche Bewirtschaftung aufgebracht wurden, stehen weit hinter dem zurück, was die Landwirtschaft uns freiwillig gegeben hätte.

Redner kritisiert sodann die Tätigkeit der Zentralstelle für Ein-, Aus- und Durchfuhr, welche Importe dadurch unmöglich mache, daß sie die Importziffern ohne nähere Prüfung kürze, Importgeschäfte als Luftgeschäfte erkläre, und selbst dort, wo die Waren bereits bezahlt sind, die Einfuhr einfach verbiete. Ebenso wendet er sich gegen die Tätigkeit des Warenverkehrsbureaus, das seiner Aufgabe, den sogenannten Kompensationsverkehr zu bewältigen, nicht genüge. Mit den Erschwernissen, die unserer Ein- und Ausfuhr bereitet werden, gehe es nicht weiter. An Stelle der verschiedenen Stellen, die heute bestehen, müßte eine Kommission für alle Fragen der Ein-, Aus- und Durchfuhr, sowie der Valutabeschaffung unter Zuziehung aller Interessenten aus dem Kreise der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie gebildet werden. Ferner muß an Stelle des heutigen generellen Verbotes die Ein-, Aus- und Durchfuhr grundsätzlich freigegeben und jene Artikel ausdrücklich namhaft gemacht werden, deren Ein- oder Durchfuhr verboten ist. Es handelt sich dabei um die Lebensfrage für uns, ob wir die Produktion heben oder ob wir es riskieren wollen, daß diejenigen, die Unternehmungsgeist und Arbeitslust haben, infolge der ihnen bereiteten Hindernisse auswandern. (Beifall rechts.)

Abg. Stocker (deutsche Bauernpartei) bemerkt, daß die zentrale Bewirtschaftung in der Praxis vollständig versagte. Die Regierung habe, statt alles aufzubieten, um die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern, die Bauern mit Requisitionen und Kontrollen geplagt. Das bureaukratische System der zentralen Bewirtschaftung hätte nur einen Zweck gehabt, wenn dadurch ersetzt worden wäre, was die Landwirte entbehren konnten. Aber es hat sich nicht damit begnügt, sondern hat der Landwirtschaft die wichtigsten Produktionsmittel, Saatgut und Nutzvieh, entzogen. Redner kritisiert die von den Zentralen geübte Preispolitik, durch die die Bauern zum Schleichhandel geradezu gezwungen wurden. Das System der Zentralen hat vollständigen Bankrott erlitten. Eine Lehre hat es aber erteilt, allerdings mit großem Lehrgeld: Die zentrale Bewirtschaftung ist eine Art Sozialisierung, eine Sozialisierung der Verteilung und des Handels. Diese Sozialisierungsmaßnahme hat vollständig versagt. Was würde erst kommen, wenn die Erzeugung in dieser Weise sozialisiert würde? Gegenüber dem, was uns bevorstünde, wäre der heutige Zustand noch ein wahres Paradies. Die Beseitigung der Zwangswirtschaft in bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse wird nicht nur dem Bauer, sondern in ganz besonderer Weise dem Konsumenten nützen. Das einzusetzende Komitee darf nicht den Zweck haben, die Aufhebung der Zwangswirtschaft weiter hinauszuschieben und vielleicht als Beruhigungsmittel zu dienen, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft muß immer wieder gefordert werden: Weg mit der zentralen Bewirtschaftung! Je früher, desto besser! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Parteigenossen.)

Abg. Emmy Freundlich (Sozialdemokratin): Der Berichterstatter hat durchaus nicht die Stimmung des gesamten Ausschusses wiedergegeben, sondern lediglich den Standpunkt eines Teiles der Kommission vertreten. Es wurde die Aufhebung der Zentralen verlangt, während der Ausschuß den Beschluß faßte, es solle der Abbau der zentralen Bewirtschaftung untersucht werden. Der große Mangel, unter dem wir während des Krieges gelitten haben, hat natürlich einen Erfolg der Kriegswirtschaft von vornherein ausgeschlossen. Wenn man davon spricht, daß die Freude an der Produktion fehlt, weil die Produktion nicht mehr den erwarteten Gewinn ergeben hat, so zeigt dies ganz deutlich, woher die Freude an der Produktion bisher in allen Produzentenkreisen gekommen ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lebhafte Zwischenrufe.)

Präsident Seitz (das Glockenzeichen gebend): Ich finde es wenig angemessen, eine Frau, die hier spricht, unausgesetzt zu stören. Ich richte an die Herren den Appell, sich ihre Bemerkungen aufzuheben und sich dann zum Worte zu melden.

Abg. Emmy Freundlich (fortfahrend): Wie unmöglich es anscheinend war, eine andere Organisation aufzurichten, zeigt gerade die wirtschaftliche Organisation der Gemeinde Wien. Die Bezirkswirtschaftsämter arbeiten genau so, wie die staatlichen Zentralen, sie arbeiten nicht besser und nicht anders, und es wird unsere Aufgabe sein, die Approvisionierungsverhältnisse der Stadt Wien auf andere Grundlagen zu stellen.

Es ist absolut notwendig, daß der Staat sich eine Kontrolle über die Einfuhrmöglichkeiten offen hält. Sicher müssen wir langsam zu einem Abbau der Kriegswirtschaft gelangen, aber es kommt darauf an, wie, in welchem Tempo und wann man abbaut. Wenn man die Freiheit des Handelsverkehres haben will, dann muß vorerst eine ordentliche ausreichende Vermögensabgabe gemacht werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn alle Klassen der Gesellschaft die Vermögensabgabe nicht nur angenommen, sondern auch geleistet haben werden, dann wird sich die Valuta verbessern, dann wird man auch schnell zum Abbau der Kriegswirtschaft gelangen. Aber man kann nicht zuerst die Kriegs-